

Erscheint jeden Freitag.

Vierteljährlicher Abonnements-Preis 1 Mark für 1 Exemplar, jedes weitere bis zu 5 Exemplaren direkt unter einer Adresse bezogen 75 Pfennig.

# Die Ameise.

Redaktion u. Expedition: Charlottenburg, Englische Straße Nr. 24 II.

Insertionsgebühr für die gewöhnliche Zeile 20 Pf. — Arbeitsmarkt für Arbeitgeber und Arbeitnehmer unentgeltlich.

„Immer strebe zum Ganzen! Und kannst Du selber kein Ganzes Werden, als dienendes Glied schließ' an ein Ganzes Dich an!“

Organ des Gewerksvereins der Porzellan- etc. Arbeiter, des Reise-Unterstützungsverbandes Dresden und der Reise- und Unterstützungskasse Magdeburg.

Eigenthum des Gewerksvereins.

Original-Aufsätze u. Notizen technischen und sozialpolitischen Inhalts werden gegen Honorar entgegengenommen.

## Amtlicher Theil.

### An die Ortsvereins-Vorstände und sämtliche Mitglieder.

Betreffs der Adressirung der Sendungen für den Vorstand bitten wir, die nachfolgende Eintheilung gefälligst beachten zu wollen.

1. Alle Zuschriften, welche lediglich die **Kassenverwaltung** betreffen (Quartalsabschlüsse und die darauf bezügliche Korrespondenz, An- und Abmeldungen, sowie Uebertritte von Mitgliedern, Änderungen in der Versicherung, Remittirungsgesuche, Anträge auf Brillen, Bruchbänder etc.) sowie alle **Geldsendungen** sind zu richten an den **Hauptkassierer Hrn. J. Bey, Charlottenburg bei Berlin, Englischestr. 24 II.**

2. Alle Anfragen und Anträge betreffend die **Arbeitslosen-Unterstützung**, die **Unterstützung nach § 39**, die **Nothfall-Unterstützung**, die **Festsetzung und Berechnung von Fahrkosten und Umzugs- bezw. Ueberstellungskosten**, alle den **Rechtsschutz** und die **Agitation** betreffenden Anträge und Anfragen, desgleichen alle Anfragen betreffend **Auslegung der Statuten und Reglements**, sowie betreffend die **Vorstands- und Generalversammlungsbeschlüsse**, kurz alle **nicht** lediglich die **Kassenverwaltung** betreffenden Zuschriften wolle man adressiren an den **Hauptschriftführer Hrn. Georg Lenz, Charlottenburg bei Berlin, Englischestr. 24 II.**

Zur Außenadresse können unbeschadet obiger Eintheilung auch die gedruckten Kouvverts benutzt werden; Hauptsache ist und bleibt nur, darauf zu achten, daß nicht mehrere, nach der obigen Eintheilung theils dem Hauptschriftführer und andertheils dem Hauptkassierer zur Erledigung überwiesene Angelegenheiten auf demselben Bogen nach hier übermittelt werden.

Bei allen Anfragen, Mittheilungen, Anträgen und Meldungen über Mitglieder ist **stets die Mitgliedsnummer** mit nach hier anzugeben, desgleichen in jedem Briefe die **genaue Adresse** des Absenders, sofern derselbe nicht dem Ausschuss angehört, da dies zur prompten Erledigung aller Geschäfte durchaus nothwendig ist.

Ferner sei bemerkt, daß an den Hauptschriftführer außerdem alle Zuschriften für die **Redaktion** zu richten sind.

Die gleichzeitige Abienung von zwei Briefen an die beiden Beamten ist natürlich soweit möglich zu vermeiden, um nicht unnütz Porto zu opfern.

Schließlich diene allen Ortsvereinsbeamten und Mitgliedern noch zur Kenntniß, daß Beschwerden jeglicher Art über die Geschäftsführung des Hauptschriftführers und Hauptkassierers bezw. über die geführte Korrespondenz direkt an den stellv. Vorsitzenden **Hrn. Carl Grunert, Berlin NW., Lübeckerstr. 2**, zu richten sind.

Der Vorstand.

C. Grunert, stellv. Vorsitzender.

J. Bey, Hauptkassierer.

Georg Lenz, Hauptschriftführer.

### 23. Vorstandssitzung des Gewerksvereins vom 12. Juni 1891.

Tagesordnung: 1) Zuschriften, 2) Versammlungsfrage, 3) Unterstützungsangelegenheiten, 4) Kassenbericht pro Mai, 5) Verschiedenes.

Die Sitzung wird um 9 Uhr Abends vom stellv. Vorsitzenden Herrn Grunert eröffnet. Straß sind die Herren Münchow und Danner, unentschuldigte fehlt Hr. Klose. Von den Revisoren ist Hr. Hübe zugegen. Nach der Genehmigung des Protokolls der 22. Sitzung, mit welcher zugleich die Sanctionirung der Beschlüsse dieser Sitzung erfolgt, macht der Hauptkassierer Hr. Bey Mittheilung von der offenbar auf Herdenleihen beruhenden Erkrankung unserer Vorsitzenden Hrn. Münchow, welche demselben eine Abreise irgend welcher Geschäfte für die nächste Zeit voraussichtlich nicht gestatten werde, auch nicht die des Kassierers im Ortsverein Moabit. Es wird beschlossen, daß die Stelle unseres krankten Vorstands an der Stelle des Stellvertreters jemand einzusetzen, welcher seine amtliche Stelle bei der Abreise des Erkrankten bis zum Danner zum wohl leicht wahrnehmbaren Verschwinden in den Sitzungen zu vermeiden. Der Vorstand stimmt dem nach kurzer Debatte zu, hinsichtlich der Krankheit des

Vorstehenden Hrn. Münchow die Hoffnung auf baldige Genesung ausbrechend. Der D. V. Moabit soll, um die Geschäfte nicht länger leiden zu lassen, um sofortige Neuwahl eines Kassierers ersucht werden. Als Ersatzmann für Hrn. Münchow wird zunächst Hr. Seranowich-Berlin in Aussicht genommen. Die Aufbewahrung der getheilten Depositenheine des Gewerksvereins etc. wird für Hrn. Münchow Hrn. Schneff übertragen. — Im Weiteren erklärt sich der Vorstand sodann noch auf Grund einer, die durch den Wirth erfolgte Kündigung der Büroräume betreffenden Mittheilung des Hauptkassierers Hrn. Bey, der dabei die Trennung seiner Wohnung vom Bureau in Anregung bringt, noch damit einverstanden, daß der Kontrakt betreffs des Büreaus bis zum 1. April 1892 verlängert werde. — Alsdann wird in die L. O. eingetreten.

Punkt 1. In Hermsdorf sind die Kassenverhältnisse, nachdem auch der Kassierer Hanel ohne ordnungsmäßige Kassenübergabe auf Reisen gegangen ist, durchaus nicht in der erforderlichen Ordnung. Der Hauptkassierer hat zur Regelung die nothwendigen Maßnahmen veranlaßt und Ausschüsse sendungen bis zur Ordnung der Verhältnisse zurückgehalten. — Betreffs der Kassenverhältnisse in Kolmar sind ebenfalls Differenzen zu konstatiren, dieselben sollen durch die Procente des Kassierers nach und nach beiliegen wert n. — Der frühere Kassierer Körner von Gotha zahlt die 2. 96 Mk., die derselbe unserer Kasse noch schuldet, nicht, trotzdem er dazu in der Lage wäre und der Vorsitzende, Genosse Adler, sich alle mögliche Mühe behufs Regelung der Sache gegeben hat. Der Vorstand beschließt deshalb die Anzeige bei der Staatsanwaltschaft. — Von Altwasser wird über hiesige Vorgänge anlässlich der Gründung des Malerverbandes berichtet. Behufs möglichster Vermeidung eines etwaigen gegenseitigen Abdrängens von Mitgliedern zwischen dem neuen Malerverbande und dem Gewerksverein beschließt der Vorstand dem Wunsch unserer Genossen gemäß, mit den Vorstände des Malerverbandes sich in schriftliches Einvernehmen zu setzen. Im Uebrigen ist den Genossen bedeutet worden, daß Niemand einen Druck auf sie ausüben könne, dieser oder jener Organisation sich anzuschließen, daß sie sich jedoch allein darüber zu entschließen hätten, welcher Vereinigung sie angehören wollen. — Von Kahla liegt jetzt infolge der erneuten Aufforderung des Vorstandes die Meldung vor, daß die Mitglieder S. Dennhardt, S. Steinbrücker und S. Söllner je 3 Wochen in Hermsdorf während des Streiks gearbeitet haben. Dieselben sind gemäß § 6 al. 3 des Statuts ausgeschlossen. Im Uebrigen beschließt der Vorstand auf Grund der längeren, über die Sache stattfindenden Debatte die Aufhebung bezw. Beendigung des Streiks in Hermsdorf von Seiten des Gewerksvereins, da dessen Fortführung eine Bedeutung absolut nicht haben könnte. Den Eintritt in die Fabrik steht damit vom heutigen Tage seitens des Gewerksvereins nichts im Wege; jeder Kollege hat mit sich selbst abzumachen, ob er dort eintreten will. Die aus dem Streik noch arbeitslosen Mitglieder sollen eventl. bis Ablauf ihrer 13 Wochen unterstützt werden. — Im Ferneren wird betreffs der Mitglieder C. Bischoff und R. Rehting, welche bei Louis in Neuhaldensleben noch während der Zeit, wo der Eintritt nach dem Beschlusse der Neuhaldenslebener Versammlung vom 23. 11. 1890 in diese Fabrik nicht erlaubt war, in Arbeit getreten sind, ebenfalls Beschl. gefaßt. Der erfolgte Eintritt in die Fabrik wird hier in Rücksicht sowohl darauf, daß der Streik bereits seit mehr denn einem halben Jahre beendet ist, wie insbesondere auch auf die Nothlage der Mitglieder nur gemildert. Die sog. Sperre über die Louis'sche Fabrik beschließt der Vorstand in Rücksicht auf die fehlige Zwecklosigkeit, ja sogar Schädlichkeit für den Gewerksverein nicht mehr als bestehend zu erachten. — Die ausgeschlossenen Mitglieder von Borsdamm wenden sich in einem längeren Schreiben an den Vorstand, in dem sie um ihre Wiederaufnahme vorstellig werden. Nach längerer Debatte wird beschlossen, die Betreffenden mit Hrn. Gajus an die voranstehende in diesem Jahre noch stattfindende Generalversammlung zu verweisen. — Auf ein Schreiben des D. V. Schreiberhan soll erwidert werden, daß weder gegen das Verbleiben noch gegen das Ausscheiden des Reichs aus dem Gewerksverein seitens des Vorstandes etwas einzuwenden ist. — Von einem Schreiben des Genossen Weller-Rebau, welches der Hauptschriftführer beantwortet hat, wird Kenntniß genommen, bezgl. von einem solchen des „d. Zt. stellv. Redakteurs des Gewerksvereins“ Hrn. Dr. Max Dirsch wonach dem Centralrat von dem Eingange der Berichtung des Vorstandes zum Antrage Siggelow Kenntniß gegeben worden ist.

Bei Punkt 2 der L. O. gelangen auf Grund der vorstehenden Abstimmungsresultate über die Versammlungsfrage im Dresden. V. hande und im Gewerksverein die nunmehr zu treffenden weiteren Maßnahmen zur Berathung, welche letztere in einer eingehenden Debatte über die ganze Frage führt. Aus der Verhändlung des Vorstandes in Altwasser ist

entnehmen, daß neben der Hauptfrage 1 auch die Frage 14, Generalversammlung betreffend, Annahme gefunden hat, was seitens des Gewerkevereins bereits feststeht. Der Vorstand beschließt demgemäß, den Vorstand in Auftrag zu befragen, ob er nach dem günstigen Ausfall der Abstimmung in beiden Organisationen sich mit der Einberufung einer Generalversammlung (gemäß der Motive zu Frage 14 in Nr. 18 der „Ameise“) einverstanden erkläre und welcher Ort vorgeschlagen werde. Desgleichen soll der Vorstand Maßnahmen zur Übermittlung bzw. Veröffentlichung der Dresdener Schlußzahlen für die Fragen 2-14 der „Grundlagen“ etc. innerhalb 8 Tagen gebeten werden. Wegen der Einberufung der gemeinsamen Generalversammlung soll auch nach dem Ausfall der Abstimmung mit dem Vorstande in Magdeburg nochmals in Verbindung getreten werden. Die geplante Generalversammlung wird seitens des Vorstandes im Uebrigen für alle Fälle im Auge behalten werden behufs eventueller Durchführung der geplanten Reformen in unserem Gewerkeverein. — Wegen vorgeschickter Zeit muß die Sitzung sodann bis über 8 Tage vertagt werden. — Schluß 12 Uhr Nachts.  
C. Grunert,  
stellw. Vorsitzender.  
Georg Lenß,  
Hauptgeschäftsführer.

## Der „Revers“. (Schluß.)

Die im vorigen Artikel erwähnten, unserer Ansicht nach durchaus zu mißbilligenden Praktiken verschiedener Gewerkevereins-Vorstände gegen Fachvereinsmitglieder sind um so weniger zu rechtfertigen, als, wie bereits angedeutet, die Mitgliedschaft eines Gewerkevereins bei einem Fachverein nicht selten einestheils lediglich zwecks ausreichender Versicherung eingegangen wird, als sie der betreffende Gewerke- oder Fachverein allein dem Mitgliede zu bieten vermag, andernteils aber als durchaus freier Entschluß des betreffenden Mitgliedes oft gar nicht einmal angesehen werden kann, wie wir dies an dem angeführten Falle des Mitgliedes H. vom Ortsverein der Köpfer zu Charlottenburg nachgewiesen haben.

Aber auch die fernere Aufrechterhaltung des Reverses selbst, soweit er sich gegen die „Mitglieder“ oder „Anhänger“ insbesondere der „sozialdemokratischen Partei“ (oder auch einer anderen Partei) richtet, ist besonders nach dem Falle des Sozialistengesetzes ein Fehler, der das gedehliche Fortschreiten der Gewerkevereinsbewegung Hirsch-Duncker'schen Musters in ganz erheblichem Maße erschweren, wenn nicht mit der Zeit überhaupt unmöglich machen wird.

Gegen das Fortbestehen des Reverses ist in grundsätzlicher Beziehung vor Allem anzuführen, daß eine rein wirtschaftliche Bewegung, wie es die Gewerkevereinsbewegung doch sein soll, auch den bloßen Schein vermeiden muß, als habe sie nur für Mitglieder irgend einer bestimmten politischen Partei in ihren Reihen Platz. Dieser Anschein aber ist vorhanden, trotz aller Gegeneinwendungen der Anhänger des Reverses, wenn man Mitglieder oder Anhänger z. B. der sozialdemokratischen Partei lediglich dieser Mitgliedschaft wegen ausschließt bzw. ihnen den Eintritt überhaupt verwehrt, ohne für diese Maßnahme das Bestehen des Sozialistengesetzes noch in Anspruch nehmen zu können.

In praktischer Hinsicht läßt sich gegen das Fortbestehen des Reverses die doch wohl sehr schmerzliche Thatsache anführen, daß die Sozialdemokratie — hier ganz gleich ob wegen ihrer Endziele oder infolge ihrer Förderung und Bethätigung der Arbeiterinteressen im gegenwärtigen „Klassenstaate“ — gerade unter den Ar-

beitern nach und nach eine gewaltige Verbreitung gefunden hat und eine solche in Zukunft infolge der mehr als lauen Haltung aller anderen Parteien in der Arbeiterfrage ebenfalls zu erwarten ist. Dadurch aber wird naturgemäß unter dem Fortbestehen des die Anhänger der sozialdemokratischen Partei ausschließenden Reverses der Kreis derjenigen Arbeiter nach und nach immer mehr eingeschränkt, aus welchem die Gewerkevereine sich dann nur noch rekrutieren können.

Daß die hier von uns vertretenen Ansichten auch im liberalen Lager bereits vereinzelt getheilt werden, zeigen die feinerzeitigen Ausführungen, welche in seinem Artikel „Gewerkevereine und Fachvereine“ der „Rheinischer Anzeiger“ machte, indem er schrieb, daß die Aufrechterhaltung des Reverses früher nothwendig gewesen sein mag. Sie sei aber heute nicht mehr nothwendig und deshalb auch nicht mehr zu rechtfertigen. „Ein wesentlicher Bruchtheil der deutschen Arbeiter“, sagt das Blatt, „bekennt sich zur Sozialdemokratie und wird sich immer dazu bekennen, und es sind nicht die unbrauchbarsten Elemente, welche ihre politischen Anschauungen nach jener Seite ziehen. Wenn diese Elemente aus den Deutschen Gewerkevereinen immer ausgeschlossen bleiben sollen, so werden die Gewerkevereine auch niemals dahin kommen, die gesammte deutsche Arbeiterwelt in ihrer Organisation zu umfassen. Die Gewerkevereine können dann die segensreiche Institution bleiben, die sie jetzt schon sind, und sie können das in noch erhöhtem Maße werden. Aber die weiter gesteckten Ziele der Arbeiterwelt werden dann lediglich durch die Kraft der Gewerkevereine nicht zu erreichen sein. Selbstverständlich muß in den Gewerkevereinen jede Politik ausgeschlossen sein, aber eben deshalb soll man nach dem politischen Glaubensbekenntnis der Mitglieder nicht fragen. Die Ziele der Gewerkevereine sind ökonomischer Art und sie können erreicht werden in der absoluten und in der konstitutionellen Monarchie, in der Republik oder auch unter irgend welcher anderen Staatsform“.

So der „Rheinischer Anzeiger“. Nun bedürfte es gar keiner Frage, daß man dem Revers seine bedenkliche Seite nehmen könnte, ohne deshalb des angeblichen Schutzmittels gegen solche Elemente, die etwa in feindseliger Absicht in die Reihen der Gewerkevereiner eindringen wollten oder eingedrungen sind, zu entbehren: man hätte nur nöthig, von den Beitretenden eine Bescheinigung unterschreiben zu lassen, in welcher diese erklären, von dem Inhalte der Statuten Kenntnis zu haben, sich diesen und den statutengemäßen Vereinsbeschlüssen zu unterwerfen und sich jeder Agitation gegen den betreffenden Gewerkeverein zu enthalten.

Keine Partei könnte gegen eine solche Maßnahme mit Recht Einwendungen erheben, da dem Revers der politische Weigenschmaß dadurch völlig genommen wäre.

Jedoch man will dies offenbar seitens der betreffenden Gewerkevereine nicht.

Was dagegen unsern Gewerkeverein betrifft, so hat derselbe auf Veranlassung des Vorstandes gründlich mit dem Revers gebrochen, indem durch die am 30. Mai beendete Mitgliederabstimmung die völlige Abschaffung des Reverses beschlossen worden ist. Vom 1. Juli d. Js. ab wird kein unsern Gewerkeverein beitretender Berufsgenosse noch den „Revers“ zu unterzeichnen haben.

Der in unserm Gewerkeverein in Kraft gewesene Revers unter-

## Bellamy's „Rückblick“.

Es giebt wohl keine Schrift der Jetztzeit auf dem Gebiete der sozialen Probleme, welche einen so ungeheuren Erfolg errungen, soviel Leser auch in den Kreisen der weniger Gebildeten, in der Masse des Volks gefunden hat, als die Schrift des Amerikaners Edw. Bellamy: „Ein Rückblick aus dem Jahre 2000 auf 1887“.

Vor kaum mehr als drei Jahren in Amerika in englischer Ausgabe erschienen, erlebte das Werkchen dort in zwei Jahren 21 Auflagen und es gelangten in dieser Zeit allein über 300 000 Exemplare desselben zur Ausgabe. Auch in Deutschland hat es sich infolge seiner Uebersetzung in die deutsche Sprache und infolge der wohlfeilen Ausgabe, die die Reclam'sche Verlagsbuchhandlung in Leipzig von dem Schriftchen veranstaltet hat, bereits ein großes Absatzgebiet errungen und dürfte auch hier auf eine dauernd starke Verbreitung rechnen können.

Was der Schrift, die von einem hochgebildeten amerikanischen Lehrer herrührt und in der man theilweis starke Anklänge gefunden haben will an Bebel's: „Die Frau in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“, einen so nachhaltigen Erfolg verschafft hat, das ist neben dem behandelten Thema, der Lösung der sozialen, oder was heute dasselbe besagen will, der Arbeiterfrage, vor Allem auch die tiefe sittliche Wahrheit, die sich in vielen Aussprüchen des Dichters — denn von einem solchen kann man immer nur sprechen — kund giebt und diese Aussprüche eben deshalb zu berechtigten Urtheilen gestattet, zu durchaus berechtigten und überaus scharfsinnigen Kritiken unseres heutigen wirtschaftlichen Zustandes, der so Vielen zur Klage Anlaß giebt und nur bei so Wenigen Zufriedenheit erzeugt.

Daß trotz der vorzüglichen Darstellungswiese der von Bellamy geschilderte „Zustandsstaat“ — denn mit einem solchen haben wir es in dem Werke zu thun — noch vielfach Mängel enthält, Mängel, die auch der durch die Lektüre angeregte Leser mit seiner Phantasie schwerlich auszufüllen im Stande sein dürfte, raubt dem Ganzen nicht den Werth, der vor allen Dingen auch darin zu finden sein dürfte, daß das Werk eine Anregung giebt zum Nachdenken für Viele, die

unter den heutigen Verhältnissen alles „ganz gut“ befinden oder doch unseren heutigen mangelhaften gesellschaftlichen Zustand für „unersetzbar“ halten.

Die Sozialdemokratie, insbesondere Bebel in seinem oben bereits genannten Werke, welches unter dem Titel: „Die Frau und der Sozialismus“ nach dem Falle des Sozialistengesetzes in Deutschland erschienen ist, stimmt den Ausführungen Bellamy's nicht zu, wirft demselben vielmehr Halbheit vor, ob mit Recht, soll hier nicht des Näheren erörtert werden. Zweifellos bietet die Schilderung Bellamy's des Anregenden und Wissenswerthen genug und wir wollen es deshalb heute — wenn auch spät erst — unternehmen, unsere Leser mit der trefflichen Kritik des heutigen Gesellschaftszustandes durch Bellamy, auf welche sich gewissermaßen die ganze Schrift gründet, des Näheren bekannt zu machen.

Bellamy giebt (im Anfange seines „Romans“, welche Form er absichtlich für sein Buch gewählt hat) zunächst Auskunft über seine Geburt und sagt dabei zu dem oben berregten Thema folgendes:

„Jeder Schulknabe weiß, daß gegen das Ende des neunzehnten Jahrhunderts weder eine Zivilisation, wie sie heute (der Verfasser schreibt vom Jahre 2000 aus! D. Red.) vorhanden, noch irgend eine ihr ähnliche, existierte, obgleich die Elemente, durch welche sie entwickelt wurde, bereits in Gährung begriffen waren. Nichts jedoch hatte sich ereignet, die seit unendlichen Zeiten vorhandene Spaltung der Gesellschaft in die vier Klassen — oder Nationen, wie sie schicklicher genannt werden können — abzuändern. In der That, die Unterschiede zwischen denselben waren bei weitem größer als diejenigen, welche heut zwischen den Nationen bestehen, die Unterschiede nämlich zwischen den Reichen und den Armen, den Gebildeten und den Unwissenden. Ich selbst war reich und auch gebildet und besaß daher alle Vorbedingungen für das Glück, dessen sich die am meisten vom Schicksal Begünstigten in jenem Zeitalter erfreuten. Ich lebte im Luxus und beschäftigte mich nur mit den Vergnügungen und Annehmlichkeiten des Lebens. Die Mittel zu meinem Unterhalte empfing ich durch die Arbeit Anderer, obgleich ich nicht den geringsten Dienst

Ich sitz übrigens, wie bereits herborgehoben, von dem Revers anderer Gewerksvereine dadurch, daß er sich nicht gegen eine bestimmte Partei richtete. Der Revers war bei uns nie gegen irgend ein Mitglied zur Anwendung gekommen, nie haben wir lediglich wegen seiner politischen Gesinnung irgend einen Genossen aus unseren Reihen gestossen, sofern nicht eine direkte Agitation gegen unsere Vereinigung mit der abweichenden politischen Gesinnung verbunden war. Insofern also war der „Revers“ in unserem Gewerksverein seit lange ein toter Buchstabe. Trotzdem aber und umsomehr empfahl sich die endliche Beseitigung des Reverses auch ohne Rücksicht auf das Zustandekommen der Verschmelzung, um allen Berufsgenossen, ohne Rücksicht auf ihre sonstige politische Gesinnung, mit der ein gewerkschaftliche Vereinigung, wie wir sie bilden, gar nichts zu thun haben soll, den Beitritt zu ermöglichen, und vor allen Dingen: um auch den Schein zu vermeiden, als hänge unsere Organisation irgend einer politischen Richtung an. Eine durchaus falsche Deutung wäre es übrigens, wenn man aus der Beseitigung jeder Bevormundung unserer Mitglieder in politischer Hinsicht etwa den Schluß ziehen wollte, daß unsere Vereinigung nunmehr ein Kampfverein um jeden Preis werden würde; das wird ebensowenig und ebensoviel der Fall sein, wie bisher. Mit diesen Worten der Begründung des bezüglichen Vorstandsantrages in Nr. 18 d. Bl. wollen wir unsere Ausführungen beenden. Hoffen und erwarten wir Alle, daß der endliche Bruch mit dem „Revers“ unserer Sache zu dauerndem Nutzen gereichen möge.

G. L.

### Sozialpolitische Nachrichten.

**\*\* Zur Verschmelzungsfrage.** Der Vorstand des Dresdener Verbandes (Vorort Altmasser) hat nunmehr auf Ersuchen des Gewerksvereinsvorstandes auch das im Verbands-Dresden erzielte Abstimmungsresultat über die Fragen 2-14 bekannt gegeben. Danach haben im Dresdener Verbands gestimmt: Frage 2: 1121 für, 856 gegen, Frage 3: 1112 für, 865 gegen, Frage 4: 1127 für, 850 gegen, Frage 5: 1105 für, 872 gegen, Frage 6: 1119 für, 858 gegen, Frage 7: 1109 für, 868 gegen, Frage 8: 1128 für, 849 gegen, Frage 9: 1080 für, 897 gegen, Frage 10: 935 für, 1042 gegen, Frage 11: 1004 für, 973 gegen, Frage 12: 653 für, 1324 gegen, Frage 13: 870 für, 1107 gegen, Frage 14: 1121 für, 856 gegen. Es sind danach innerhalb des Dresdener Verbandes angenommen die Fragen 2-9 sowie 11 u. 14, abgelehnt nur die Fragen 10, 12 u. 13. Da für die Fragen 10 u. 13 sich im Gewerksverein genügende Mehrheiten ergeben haben, um die schwachen Minderheiten im Dresdener Verbands auszugleichen, so gelten also als durch die gemeinsame Abstimmung angenommen alle Fragen außer der Frage 12. Diese Frage ist offenbar infolge eines Mißverständnisses abgelehnt worden; man hat wohl vielfach geglaubt, es solle durch dieselbe nach der Verschmelzung eine erneute Karenzzeit für alle Mitglieder eingeführt werden, während beabsichtigt wurde, diese 6monatliche Karenzzeit nur für die nach dem Zeitpunkte der Verschmelzung beitretenden neuen Mitglieder festzusetzen. — Auf die Frage der Verschmelzung kommen wir in nächster Nummer zurück.

**\*\* Mit dem „Berichterstatter“** des Hrn. Gomolka in Dhrdruf scheint es nunmehr, wie vorauszusehen war, zu Ende zu gehen. Hr. Gomolka scheint aber vorher noch eine Glanzprobe seiner Kenntniß

der sozialen Fragen geben zu wollen. Wir lesen darüber im „Fachs-genosse“ unter der Ueberschrift: „Die Porzellanmaler als Tagelöhner im sozialistischen Staate“ folgendes:

„Der bekannte Carl Gomolka, Herausgeber und Redakteur des „Berichterstatter“ in Dhrdruf, kündigt in Nr. 11 seines Organs an, daß er das Weitererscheinen des Blattes vom 1. Juli an „einweilen“ stiller werden, trotz der „ansehnlichen Zahl von Abonnenten“, die es noch habe. Seine Ankündigung benützt der brave G., den „Fachs-genosse“ als „sozialdemokratisches Glasarbeiterblatt“ zu benennen und die Frage aufzuwerfen, ob die Wahl des „Fachs-genosse“ seitens der Verbände zur Förderung der allgemeinen Vereinigung gut sei. Im Anschluß hieran sucht man bei in sozialistischen Fragen sehr „belesene“ G. die Porzellanmaler grüßlich zu machen, indem er schreibt: „Die sozialistische Gesellschaft macht und braucht keinen Luxus und trägt das sozialistische Programm in Kraft, was allerdings unangenehm ist, dann müßten die Porzellanmaler die Tagelöhner im sozialistischen Staate machen, denn die sozialistische Gesellschaft läßt ja nach ihrem Programm nur „nützliche und notwendige Gebrauchsgüter“ anfertigen, dazu gehört vielleicht das Porzellan, aber nicht die Malerei. Was also die Porzellanmaler bei einer Gemeinschaft mit der Sozialdemokratie erreichen wollen, das ist uns ein Räthsel.“ — Der G. hat Recht, wenn er sich nicht auf das Gebiet der Politik begibt, davon sollte ihn wenigstens seine völlige Unkenntnis in diesen Dingen abhalten. Ueber die Zukunft der Porzellanmaler im sozialistischen Staate braucht er sich erst recht nicht den Kopf zu zerbrechen, denn selbst angenommen, dieselben müßten die „Tagelöhner“ machen, sie würden ihre wirtschaftliche Stellung nicht schwerer empfinden, als im heutigen Staat, wo sie schon längst die Tagelöhner der Malerkunst sind. Wir sind nur begierig, zu wissen, welcher von den „belehrenden Verbänden“, um der schönen Augen eines Gomolka willen, den „Berichterstatter“ unentgeltlich übernehmen möchte. Hauptsächlich müßte solcher Herr G. zu, daß er nochmals „3 Jahre lang unter „Dofen“ den „Berichterstatter“ aufrecht erhalte. Im Uebrigen nimmt Hr. G. von den Lesern des „Berichterstatter“ schon im Jahre 1881 „Abschied“. — Uns erfaßt Trauen und Mitleid!“

Daß der „Berichterstatter“ sich selbst sein Grab gegraben, haben wir früher bereits genügend nachgewiesen; verlieren wird Niemand durch das Eingehen des Blattes, gegenwärtig wohl selbst Hr. Buchdrucker Gomolka nicht.

**\*\* Eine öffentliche Gewerksvereins-Versammlung** für die Mitglieder von Berlin und Umgegend fand am Donnerstag, den 11. Juni, in Berlin statt behufs Besprechung der „Getreidezölle und Brotvertheuerung“. Referent war Hr. Dr. Hirsch. Der Vortragsstoff hat es nach Ansicht der Veranstalter der Versammlung vermuthlich keinen Abbruch, daß man Eintrittskarten für die Versammlung auszugeben beliebte, entgegen der lobenswerthen Weise in letzter Zeit eingeführten Praxis, zu den Gewerksvereins-Versammlungen den Eintritt Jedermann zu gestatten. In seinem Referat konnte Hr. Dr. Hirsch nicht umhin, sich gegen den von uns gebrauchten Ausdruck „Antichambrieren“ zu wenden. Er nahm dabei auf die Verhältnisse in England Bezug, als ob sich diese gerade in dem hier besprochenen Punkte mit den Verhältnissen in Deutschland auch nur im geringsten vergleichen ließen.

**\*\* In Nowawes bei Potsdam** kam es kürzlich infolge der hohen Kartoffelpreise zu einer kleinen **Kartoffelrevolte**. Die den Markt besuchenden Frauen lehrten den Bauern die Wagen um und entleerten die Säde des Inhalts. — Einen „Nothstand“ haben wir trotzdem nicht.

**\*\* Der Unterstützungsverein deutscher Buchdrucker** etc. hält

als Äquivalent dafür leistete. Meine Eltern und Großeltern hatten in derselben Weise gelebt, und ich erwartete, daß meine Nachkommen, wenn ich deren hätte, sich einer ähnlichen, leichten Existenz erfreuen würden.

Der Leser fragt, wie ich denn leben konnte, ohne der Welt irgend einen Dienst zu leisten. Warum sollte die Welt jemanden im Nichtsthun unterhalten, der fähig war, Dienste zu leisten? Die Antwort ist, daß mein Urgroßvater eine Summe Geldes aufgespeichert hatte, von welcher seine Nachkommen seitdem stets gelebt hatten. Man wird natürlich schließen, daß diese Summe sehr groß gewesen sein müsse, um nicht durch den Unterhalt dreier nichtstühender Generationen erschöpft worden zu sein. Dies war jedoch nicht der Fall. Die Summe war anfänglich nicht groß gewesen. Sie war thatsächlich viel größer jetzt, nachdem sie drei Geschlechter in Trägheit erhalten hatte, als sie zuerst gewesen war. Dieses Geheimniß eines Gebrauches ohne Verzehrung, einer Wärme ohne Verbrennung, erscheint fast wie Zauberei; aber es war nichts weiter als eine schlaue Anwendung der Kunst, welche glücklicherweise jetzt verloren gegangen ist, von unsern Vorfahren aber zu großer Vollkommenheit gebracht worden war: der Kunst, die Last des eigenen Unterhalts auf die Schultern Anderer zu wälzen. Wer dies erreicht hatte, — und es war das Ziel, nach dem Alle strebten, — der lebte, so sagte man, von den Zinsen seines Kapitals. Es würde uns zu sehr aufhalten, hier zu erklären, wie die alte Gesellschaftsordnung dies möglich machte; ich will nur bemerken, daß die Zinsen eines Kapitals eine Art beständiger Steuer waren, welche die Geld besitzenden Personen von der Produktion der gewerkschaftlichen Arbeiter erhoben. Es muß nicht vorausgesetzt werden, daß eine Einrichtung, die so unnatürlich und absurd nach unseren modernen Anschauungen ist, niemals von unseren Vorfahren kritisiert worden sei. Im Gegentheil, es war seit den ältesten Zeiten stets das Ziel von Gesetzgebern und Propheten gewesen, den Armen abzuwehren, oder ihr wenigstens zu dem möglichst geringen Maße herunterzubringen. Als diese Bestrebungen waren jedoch ohne Erfolg geblieben, wie sie es natürlicherweise mußten, so lange die alte soziale

Organisation herrschte. Zu der Zeit, über welche ich schreibe, am Ende des neunzehnten Jahrhunderts, hatten die Regierungen meistens den Versuch aufgegeben, diesen Gegenstand überhaupt zu regeln.

Um dem Leser einen allgemeinen Einblick in die Art und Weise zu geben, wie die Menschen in jenen Tagen zusammenlebten und wie im Besonderen die Beziehungen der Reichen und Armen zu einander waren, kann ich vielleicht nichts Besseres thun, als die Gesellschaft, wie sie damals war, mit einer riesenhaften Kutsche zu vergleichen, vor welche die Massen der Menschen gespannt waren, um sie mühselig auf einer sehr hügeligen und sandigen Straße dahin zu schleppen. Der Kutscher war der Hunger, und er verstattete keine Rast; dennoch kam man nur sehr langsam vorwärts. Ungeachtet der Schwierigkeiten, diese Kutsche auf einer so mühseligen Bahn vorwärts zu bringen, war das Berbed des Wagens mit Passagieren gefüllt, die niemals abstiegen, selbst nicht an den steilsten Stellen. Die Decke waren sehr lustig und angenehm. Sie waren außer Bereich des Staubes, und die Inhaber konnten sich mit Ruhe der Scenerie erfreuen oder über die Verdienste des sich anstrengenden Vorspannes ihre kritischen Bemerkungen machen. Solche Plätze waren natürlicherweise sehr begehrt, und der Wettbewerb um dieselben war sehr heftig, da jeder es als seine erste Lebensaufgabe betrachtete, einen Sitz auf dem Wagen für sich selbst zu erlangen und ihn seinem Rinde zu hinterlassen. Nach dem Statutenreglement konnte jeder seinen Sitz überlassen, wenn er wollte; aber andererseits gab es manche Zufälle, durch welche ein Sitz jederzeit völlig verloren werden konnte. Denn obgleich diese Sitze sehr bequem waren, so waren sie doch sehr unsicher, und bei jedem plötzlichen Stöße der Kutsche stiegen Personen aus ihnen und fielen zu Boden, wo sie sogleich gezwungen wurden, den Strick zu ergreifen und die Kutsche, in welcher sie noch kurz zuvor so angenehm gelassen waren, fortziehen zu helfen. Es wurde natürlich für ein schreckliches Unglück gehalten, seinen Sitz zu verlieren, und die Besorgniß, daß dies ihnen oder den Ihrigen begegnen könnte, lastete stets wie eine Wolke auf dem Gemüthe derer, welche saßen.

(Folgt.)

am Dienstag, d. 23. d. M., im City-Hotel zu Berlin seine 6. General-Versammlung ab. Anwesend sind 65 Delegirte, ferner Vertreter des Vereinsvorstandes und der Invalidenkasse. Nach dem Geschäftsbericht des Vorsitzenden Hrn. Döblin-Berlin wandte sich die Versammlung den Statutenberathungen zu.

\*\* Nachdem die Omnibusbediensteten in Paris beim Streik gesiegt, waren auch die Londoner Omnibusbediensteten in den Kampf um bessere Existenzbedingungen eingetreten. Derselbe ist durch einen Vergleich beendet worden. Und zwar war es der Lord-mayor (Oberbürgermeister) von London, der mit dem bekannten Arbeiterführer Burns zusammen den Friedensvertrag, der im Wesentlichen alle Forderungen der Kutscher gewährt, zu Stande brachte. Die von den Streikenden angenommenen Bedingungen, unter denen der Vergleich zu Stande gekommen ist, sind der zwölfstündige Arbeitstag, die von den Gesellschaften angebotene Löhne und wöchentlich ein dienstfreier Tag, jedoch unter Fortfall des Tagelohnes. — Der Streik der Buchdrucker- und Schriftgießereiarbeiter Wiens ist ebenfalls zu Ende. Die Arbeiter sind hier jedoch leider unterlegen. Die Prinzipale sind bei den Unterhandlungen, die durch den Gewerbe-Inspektor eingeleitet wurden, mit einer geradezu unfassbaren Hartnäckigkeit aufgetreten; sie ließen deutlich durchblicken, daß sie geregelte Zustände im Gewerbe nicht wollen. Die Unterhandlungen brachen somit ab. Hingegen waren die Geldmittel der Ausständigen zusammengeschnitten. Der Streik, der an hunderttausend Gulden gekostet, wird noch Opfer hinterlassen, welche ausgiebig unterstützt werden müssen.

\*\* Dem österreichischen Abgeordnetenhaus ist seitens der Regierung ein Nachtrag zu den Vereinsgesetzen vom 26. 11. 52 und 15. 11. 67 zc. unterbreitet worden, welches sich als eine neue Auflage besser Form des in Deutschland glücklich beseitigten Sozialistengesetzes darstellt. So wird u. A. schon die Verbreitung einer verbotenen Druckschrift mit schwerem Kerker von 6 Monat bis 3 Jahr bedroht.

\*\* Die französische Deputirtenkammer nahm einen Antrag an, durch welchen der zwölfstündige Arbeitstag für die Beamten und Arbeiter solcher Transportunternehmungen festgesetzt wird, die vom Staate, den Departements oder Gemeinden genehmigt sind — eine Folge des Streiks der Angestellten der Omnibusgesellschaft. Daß zwölf Stunden Arbeit täglich erst durch Gesetz festgestellt werden müssen — dabei läßt sich manches denken.

### Beramische Nachrichten.

|| Hr. Malerei-Vorsteher Looschen von der Berliner königlichen Porzellanmanufaktur ist am 16. d. M. verstorben.

### Personal-Nachrichten.

**Altwasser**, den 14. Juni 1891. Indem das Personal Regensburg nach mehrmaliger dringender Aufforderung das restirende Ausgleichsgeld vom 1. Juni bis 31. Dezember 1890, 18,82 Mk., sowie die rückständigen Abonnementgelder, 1,40 Mk., in Summa 20,22 Mk., bis dato an hiesigen Vorort noch nicht eingekandt hat, so sieht sich derselbe genöthigt, genanntes Personal hiermit als ausgeschlossen aus dem Verband zu veröffentlichen mit der gleichzeitigen Bekanntmachung, daß die bei dortigem Personal noch vorhandenen Stempelmarken für Regensburg nicht mehr gültig sind. Geehrte Personalvorstände werden daher aufgefordert, Regensburger reisenden Kollegen Reisegeld nicht mehr zu verabsolgen.

Der Vorort Altwasser.

**Altwasser**, den 14. Juni 1891. Quittungen über eingekandte Gelber pro Mai: Neuhaldensleben 53 Mk., Eizendorf 28,36, Schönbach 12,76, Gera 0,70, Weiden 13,61, Annaburg 15, Lettau 2,50, Unterweizbach 1,20, Roschütz 0,80, Sorgau 4,40.

Der Vorort Altwasser.

Karl Fischer.

**Kolmar i. P.**, 21. Juni 1891. An Unterstützungen für arbeitslose Dreher gingen in dieser Woche bei uns ein: 1) vom Dreher-Personal Dallwitz bei Karlsbad 8,73 Mk., 2) vom Dreher-Personal Grohn-Begejad 31,30 Mk., worüber wir dankend quittiren und um fernere Unterstützung freundlichst bitten, da wir noch einige Wochen feiern müssen.

Mit kollegialischem Gruß

J. A. Karl Wegel, Schloßstraße 9.

**Kolmar i. P.**, 21. Juni. An Unterstützungen gingen ferner ein vom Malerpersonal der Zwölflauer Porzellanfabrik Aktiengesellschaft Zwittau i. S. 5 Mk., worüber wir dankend quittiren.

Das Malerpersonal der ostdeutschen Steingutfabrik Kolmar i. P.

J. A. Rud. Fendler.

**Fischern**, den 19. Juni 1891. Wir geben allen Kollegen des Oesterreichischen Reiseunterstützungs-Verbands freundlichst bekannt, daß das Dreherpersonal Mildeneichen b. Friedland i. Böhmen die Verbandsleitung vom 1. Juli an übernimmt.

Mit kollegialischem Gruß

Karl Peter, Schriftführer.

### Vereins-Nachrichten.

**Gröbrenbach**, den 16. Juni 1891. Nachstehende Resolution ist von den Mitgliedern des Ortsvereins der Porzellanmaler, Dreher u. s. w. in der

Herausgegeben vom Vorstand des Gewerbevereins. — Verantwortlich für die Redaktion Georg Benz.

Druck und Verlag von J. Kerkes, Berlin O., Neuenwallstr. 22.

Versammlung vom 7. Juni einstimmig angenommen worden: „Der Herr Reichskanzler wird ersucht, in Rücksicht auf den hohen Stand der Getreidepreise und in Anbetracht der ungünstigen Aussichten für die nächste Ernte die sofortige Suspension und demnächstige Aufhebung der Getreidezölle zu veranlassen.“

Der Vorstand des Ortsvereins.  
Friedrich Wagner.

### Amflicher Theil.

\* Verzeichniß aufgenommenener und ausgeschiedener Mitglieder.

**A. Unter nachstehend verzeichneten Daten wurden aufgenommen:**

1) In den Gewerbeverein und die Kranken- und Begräbniskasse: Altwasser: 13. 6. 91. P. Dreise, P. Dinter, 20. 6. C. Fiebig, A. Hartmann; Stanowitz: 25. 4. M. Müller; Eisenberg: F. Obenaus.

2) In den Gewerbeverein und die Zuschuß-Kranken- und Begräbniskasse: Oberhausen: 20. 5. R. Frieje; Altwasser: 20. 5. G. Sellner; Königszelt: 13. 6. R. Strecker; Waldenburg: 20. 6. C. Hade.

3) In die Zuschuß-Kranken- und Begräbniskasse: Plaue: 13. 6. F. Fischer.

4) In den Gewerbeverein (als Tag der Aufnahme gilt der Tag der Meldung): Kall: A. Günther; Tiefenfurt: M. Bohmann; Gräfenhal: C. Weidemüller, B. Roth, A. Paschold, E. Bächner; Passau: R. Boigtmann; Eizendorf: F. Möller, C. Scheibing.

### B. Ausgeschiedene Mitglieder.

1) Aus Gewerbeverein und Kranken- und Begräbniskasse: Passau: A. Reiberger; Schramberg: F. Herrmann; Althaldensleben: G. Göbel; Fürstenberg: F. Koloff; Tiefenfurt: A. Hoffmann (Reisen); Budau: A. Sawald.

2) Aus Gewerbeverein und Zuschuß-Kranken- und Begräbniskasse: Kahla: H. Demstedt, G. Söllner, H. Steinbrücker, A. Meißel; Althaldensleben: D. Scheidt, W. Staffehl; Golzig: A. Otto; Moabit: A. Schilling; Eisenberg: C. Klanner (Reisen).

3) Aus der Kranken- und Begräbniskasse: Fürstberg: A. Koloff.

4) Aus dem Gewerbeverein: Gröbrenbach: H. Wagner; Oberhausen: H. Bolten; Altwasser: A. Blum; Gräfenhal: A. Wohlfarth; Moabit: F. Reber; Adolfsbad: P. Böhme, W. König; Eizendorf: B. Reichmann (Reisen); Petersdorf: F. Kürbe; Neuhaldensleben: G. Rendeckel, C. Grün, A. Mewes, H. Schwalbe, E. Krift (sämmlich auf Reisen); Berlin II: F. Gunders, F. Röhntwarth, H. Hode; Plaue: Th. Fischer, L. Sauerbrei, Th. Mampel, F. Seifert, M. Höhn, A. Stephan; Kettin: F. Dietrich (Reisen); Golzig: P. Kroll; Tiefenfurt: D. Schmidt, A. Neumann; Kahla: R. Schlegelmich.

Der Vorstand.

C. Grunert,  
stellv. Vorsitzender.

Georg Benz,  
Hauptgeschäftsführer.

F. Benz,  
Hauptkassier.

### Versammlungskalender.

(NB. Mitglieder, welche mit den Beiträgen länger als 6 Wochen im Rückstande sind, ohne von der örtl. Verwaltung Stundung erhalten zu haben, werden gestrichen.)

\* Moabit. Vorstandssitzung des Gewerbevereins und der Krankenkassen am Freitag, den 26. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, bei Grunert, Lübederstr. 2.

Das Bureau.

Ortsversammlungen:

a) am **Sonabend**, den 27. Juni: **Althaldensleben**: 1. Aufnahme und Ausschluß von Mitgliedern, 2. Innere Angelegenheiten, 3. Anträge und Beschwerden. Danach Krankenkasse. — **Flurauen**: Abds. 8 Uhr, im Vereinslokal zum Gambrinus. Regulierung des 2. Quartals zc. — **Neuhaldensleben**: Abds. 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal (Fürst Bismarck). 1. Geschäftliches, 2. Wahl eines Kassiers, 3. Wahl eines Revisors, 4. Anträge und Beschwerden. — **Rosenau-Passau**: im Innstadtbrauereikeller. Einzahlung der Beiträge zc. Es wird ersucht die Beiträge unbedingt wegen Quartals-Abschluß zu begleichen. — **Köplau a./Elbe**: Abds. 8 Uhr, im Gröbrenbach. Die Mitglieder werden auf den Quartalswechsel aufmerksam gemacht.

b) am **Sonntag**, den 28. Juni: **Sausen**: Nachm. 2 Uhr, im Gehringerschen Gasthause zu Schöndrum. Die Mitglieder werden auf den Quartals-Abschluß aufmerksam gemacht.

### Storbefehl.

**Moischendorf**. Albert Feder, Porzellanmacher, geb. am 23. 4. 1837 zu Döndorf in Schlessen, gest. am 8. 6. 1891 an Lungen- und Nierenkrankheit, 23 Wochen.

Nachtrag zu Budau in Nr. 23 d. Bl.: Das Mitglied Ferd. and Just war Porzellanmacher.

### Anzeigen.

Eine Porzellanmalerei

mit drei Brennöfen ist sofort oder später zu verkaufen oder zu vermieten bei Koch in Berlin, Dragonerstr. Nr.

### Arbeitsmarkt.

Ein Formengießer, Köhler und Metalleger

für Majolica und Porzellan sucht Arbeit auf langjährige gute Zeugnisse dauernde Stellung. Offerten erbeten unter P. N. 10 an die Red. d. Bl.